

Bundesamt für Justiz
Direktionsbereich Strafrecht
Bundesrain 20
3003 Bern

Zürich, 26. Januar 2010 / RH / pg

**Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafrechtes betreffend die organisierte Suizidhilfe
Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen dafür, dass Sie dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG die Gelegenheit geben, sich im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zum Entwurf für die Änderung von Art. 115 StGB und Art. 119 MStG (Verleitung und Beihilfe zum Suizid) zu äussern.

Als Dachverband der israelitischen Gemeinden der Schweiz bezwecken wir die Wahrung und Förderung der gemeinsamen Interessen der Juden in der Schweiz und führen unsere Aktivitäten im Einklang mit der jüdischen Tradition durch. Unter diesen Aspekten nehmen wir zum vorliegenden Gesetzesentwurf wie folgt Stellung:

Gemäss der traditionellen jüdischen Lehre besitzt das menschliche Leben den höchsten und unschätzbaren Wert, und der Schutz des menschlichen Lebens hat Vorrang vor praktisch allen anderen Geboten. Dies verpflichtet sowohl das Individuum als auch die Gesellschaft, jedes menschliche Leben zu bewahren. Wer *ein* Leben erhält, dem wird es angerechnet, wie wenn er die ganze Welt erhalten würde (Babylon. Talmud, Sanhedrin 37a). Jede Praxis der Sterbehilfe, des Suizides oder der Beihilfe zum Suizid steht im Widerspruch zu dieser Denkweise. Deshalb kann und will sich der SIG nicht an der Ausarbeitung eines Gesetzesartikels beteiligen, welcher sich mit organisierter Suizidhilfe befasst.

Nichtsdestoweniger begrüsst es der SIG, dass der Bundesrat die organisierte Suizidhilfe regeln will. Wir betrachten und akzeptieren dies als Ausdruck der Tatsache, dass persönliche Freiheit und individuelle Autonomie in einem weltlichen Wertesystem und für das einzelne Individuum einen anderen Stellenwert einnehmen als in einem religiös orientierten ethischen System. Dank der gemäss Art. 15 BV garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit wird es auch bei jeder derartigen Regelung sowohl einer Religionsgemeinschaft als auch dem einzelnen Individuum stets erlaubt bleiben, für sich selbst strengere Regeln aufzuerlegen und auch zu befolgen, solange sie sich innerhalb des gesetzlichen Rahmens bewegen, d.h. konkret weder von der Suizidhilfe Gebrauch zu machen noch solche Hilfe anzubieten.

Wir weisen ergänzend darauf hin, dass gemäss Art. 12 BV dem Individuum das Recht zusteht, in Notlagen Hilfe und Betreuung zu erhalten. Dieser Grundsatz gilt auch für Kranke und Schwerkranke. Daraus folgt unsere Bitte an die Bundesbehörden, die im erläuternden Bericht (S. 17) aufgedeckten Lücken im Bereich der Palliativmedizin möglichst bald zu schliessen. Es sollten die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden, um solchen Patienten zu einer bestmöglichen Lebensqualität bis zu ihrem natürlichen Lebensende verhelfen zu können.

Freundliche Grüsse
SIG, Schweizerischer Israelitischer Gemeindebund

Dr. Herbert Winter
Präsident

Dr. Rolf Halonbrenner
Religiöse Angelegenheiten